

Widerstand wird Pflicht!

Die Kleinen schröpft man, die Großen lässt man laufen

Herr Westerwelle hält das „Sparpaket“ der Bundesregierung für „ausgewogen, fair und gerecht.“ Wir nicht! Für ihn, das Sprachrohr der Reichen und Superreichen, mag es gerecht sein, die Konzerne und Banken von den Folgen der Krise und der Schuldentilgung freizuhalten: Gerecht ist scheinbar, was die Profiteure der Deutschen Bank und der Energiekonzerne erhöht! Für die arbeitenden Menschen und die Bezieher von sozialen Leistungen aber, und auch für den Landkreis Oberhavel, bedeutet dieser verschärfte Sozialabbau vor allem eines:

**Noch mehr Knappheit,
noch mehr Armut per Gesetz!**

- Das Übergangsgeld für Arbeitssuchende, die nach einem Jahr noch keine Arbeit gefunden haben, wird komplett gestrichen. Bislang wurde es für zwei Jahre gezahlt, bevor man den eigentlichen ALG II-Satz (Hartz IV) erhielt!
- Das Elterngeld von 300 € monatlich für ALG II-Empfängerinnen wird gestrichen!
- Für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II entfällt der Minimalzuschuss zur Rentenversicherung! Dies wird in vielen Fällen zur Altersarmut führen! Nach Schätzung des Landrates Schröter (SPD) sind im Landkreis Oberhavel rund 240 Personen von der Streichung des Elterngeldes und etwa 10.115 Personen von der Streichung des Zuschusses zur Rentenversicherung betroffen.



Wenn dieser Personenkreis dann im Alter Grundsicherung zur Rente beantragen muss, wird der Landkreis die Kosten tragen müssen! Bei den Banken und Konzernen hingegen belässt es die schwarzgelbe Bundesregierung, frei nach dem Motto „Verluste sozialisieren und Gewinne privatisieren“, bei bloßen Ankündigungen mit vielen „Wenns“ und „Abers“. Sie sollen ungeschoren bleiben, obwohl sie die Verursacher der Krise sind! Jetzt wird klar, weshalb Westerwelle so böse auf die Hartz IV-Bezieher eingedroschen hat! Dieses „Sparpaket“ ist nichts Anderes als ein Profitpaket. DIE LINKE sagt:

**Wo Politik zu Unrecht wird, wird
Widerstand zur Pflicht!**

Verhindern wir gemeinsam, dass allgemeine Verarmung zum Leitziel dieser Regierung wird! Auch die Gewerkschaften haben ihre Protestbereitschaft angekündigt!

Holger Czitrich-Stahl



20.000 Menschen, darunter auch Mitglieder der LINKEN Oberhavel, brachten bereits am 12. Juni 2010 den ersten Protest unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ in Berlin auf die Straße. Fotos: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Grußwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Sie haben heute die erste Ausgabe unserer neuen Zeitung „Kreisecho“ erhalten. Die Partei DIE LINKE in Oberhavel möchte sich mit dieser Zeitung in Ihr Gedächtnis bringen und zugleich zeigen, dass wir nicht nur in Wahlzeiten für Bürgerinnen und Bürger da sind. Wir möchten Sie an unserem politischen Alltag teilhaben lassen, Sie informieren über wichtige Projekte unserer Partei und eben auch über linke Positionen zu der einen Welt, in der wir leben. Wir würden uns freuen, wenn Sie das Angebot annehmen, mit uns in den Dialog zu treten. Ihre Meinung zu den besprochenen Problemen interessiert uns. Sie werden in uns weiterhin einen verlässlichen Partner haben, der sich vor allem für eine sozial gerechte, friedliche, umweltfreundliche Gesellschaft engagiert. Mit Lukas Lüdtko und Stefanie Rose als Redakteure führen zwei junge Genossen das Team „Rote Reporter“. Seien Sie also neugierig, kritisch und vor allem solidarisch!

*Gerrit Große,
Kreisivorsitzende
DIE LINKE
Oberhavel*



Übrigens ...

ist Gerrit Große eine der sechs Abgeordneten, welche die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag zur Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni in die Bundesversammlung entsendet. Dazu gehört auch der aus Oberhavel stammende brandenburgische Finanzminister Helmuth Markov. Gerrit Große wird die promovierte Sozialwissenschaftlerin, Publizistin und langjährige Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, Luc Jochimsen wählen. "Sie ist die richtige Frau für dieses Amt, weil sie dem Thema soziale Gerechtigkeit Priorität einräumt", so Gerrit Große.

Ralf Wunderlich

Unruhestiften

Neun Jahre in Afghanistan: Weniger Vertrauen, mehr Protest!

Gregor Gysi betonte im April in seiner Rede im Deutschen Bundestag gegenüber der Bundesregierung: „Wir wollen nicht kopflos raus. Sie sind kopflos reingegangen.“ Auf Anfrage der LINKEN behauptet die Bundesregierung, die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung hätten sich auch mit deutscher Unterstützung verbessert (z.B. in den Bereichen Trinkwasser, Energie, Verkehr, Schule, Berufsbildung). Die UNO zieht eine andere Bilanz: Nach neun Jahren leben nicht mehr 30 sondern 39 Prozent der afghanischen Bevölkerung in Armut. Nur noch 5,2 Prozent (vorher 12 Prozent) haben Zugang zu sanitären Einrichtungen. Vor 2001 lebten 2,4 Millionen Menschen in Slums, nun sind es 4,5 Millionen. Mohn zur Gewinnung von Rauschgift wird auf 193.000 Hektar statt vorher 131.000 Hektar angebaut. Hinzu kommt, dass die Strukturen des Landes beim zivilen Aufbau nicht berücksichtigt werden und die eingesetzte Regierung unter Karzai bei einem großen Teil der Bevölkerung kaum Ansehen besitzt.



Deutscher Soldat am Rande eines deutschen Lagers in Kundus
Fotos: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Initiative „Unruhestiften“. Diese hat einen Rundbrief unter dem Titel

„Jetzt erst recht: Schluss mit dem Krieg in Afghanistan“

veröffentlicht, in dem sie Aktionsformen (Ausstellungen, Lesungen, Auftritte) anregt und regionale sowie deutschlandweite Friedensinitiativen unterstützt. Einer der Initiatoren ist Werner Lutz. In einem Statement für unsere Zeitung schreibt er: „Die Künstlerinitiative 'Unruhestiften' gibt es seit Sommer 2009. Mit ihr ist nicht nur ein breites Netzwerk linker KünstlerInnen und Kulturschaffender entstanden, sondern eine Plattform zum künstlerischen

Handeln. Wir mischen uns vor Ort mit unserem kulturellen Schaffen überall dort ein, wo es Protest und Widerstand braucht: Gegen rechts, gegen den Afghanistan-Krieg, gegen Hartz IV - und nicht zuletzt - gegen den sozialen und kulturellen Kahlschlag in Kommunen.“ Eben solche Initiativen, genau wie das Engagement vieler Einzelner braucht es, um öffentlich – außerhalb der Parlamente – zu zeigen, dass es eine alternative Politik zu der der Bundesregierung gibt. *Stefanie Rose*

Informationen und Kontakt zur Initiative unter: www.unruhestiften.de

Bundestag beschließt Rente mit 70

312 Jugendliche nahmen am Planspiel „Jugend und Parlament“ teil



Berlin – Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, dass das Rentenalter auf 70 Jahre erhöht wird. Zugegeben, es waren nicht die echten Abgeordneten, sondern 312 Jugendliche, die am Planspiel „Jugend und Parlament“ teilnahmen und in dieser Zeit fiktive Bundestagsabgeordnete waren. Ich selbst war einer von ihnen und wurde der Christlichen Volkspartei

(CVP) zugelost, die im Spiel CDU-Positionen vertrat. Der Antrag „Rente ab 70“ geht daher auch auf mein Konto. Obwohl es sehr schwer war, einer Fraktion anzugehören, deren Auffassung man im wahren Leben nicht teilt, war auch dies eine wertvolle Erfahrung. Es gab noch weitere Highlights: Wir konnten mehrere Tage im Bundestag ein- und ausgehen, im Plenarsaal debattierten und trafen unzählige Bundestagsabgeordnete. Wir führten hitzige Debatten auf hohem Niveau und hatten auch nach dem offiziellen Programm noch viel Spaß! Daher kann ich jedem Jugendlichen nur raten, im nächsten Jahr an diesem Plan-

spiel teilzunehmen. Dafür muss man von einem Abgeordneten eingeladen werden – auf Einladung der Oberhaveler Abgeordneten Krüger-Leißner (SPD) war auf Grund mangelnder Bewerbungen übrigens niemand dabei.

Lukas Lüdtkke



In der Mitte Lukas Lüdtkke
Foto: Deutscher Bundestag / A.O.M.

Aus dem Kreistag

Erhöhung der Zügigkeit an Gymnasien beschlossen

An den Grundschulen unseres Kreises wurde gute Arbeit geleistet. Wie schon in den Vorjahren von der Elterninitiative „ProGym“ aus dem Mühlenbecker Land und Glienicke angezeigt, standen in diesem Jahr mehr Schüler vor den Türen der weiterführenden Schulen im SEK I Bereich als zunächst Schulplätze vorhanden waren. Von 1636 Sechstklässlern, die sich im Landkreis Oberhavel an einer weiterführenden allgemein bildenden Schule in der Jahrgangsstufe sieben angemeldet haben, wollten 745 Schüler im Erstwunsch einen Schulplatz zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. Somit fehlten Schulklassen an den Gymnasien unse-

res Kreises. Diese wurden in Oranienburg, Hennigsdorf, Hohen Neuendorf und Gransee eingerichtet. Ob damit der Wunsch nach einem Gymnasialplatz wirklich Berücksichtigung gefunden hat, ist zu prüfen. Es besteht die Möglichkeit zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife auch den Weg über eine Gesamtschule oder ein OSZ zu gehen. Für einige Schüler kann das der richtige Weg sein, denn hier wird erst nach 13 Jahren das Abitur abgelegt. Auch hier hat der Landkreis mit der Erhöhung der Zügigkeit der Gesamtschule Mühlenbeck für das neue Schuljahr Vorsorge getroffen.

Elke Bär,

Mitglied des Kreistages

Regional - emotional

S-Bahn contra Regiobahn



Foto: Stefanie Rose

DIE LINKE fordert den S-Bahnanschluss für Velten nicht irgendwann, sondern so schnell wie möglich, denn die letzten 20 Jahre Warten waren eine Zumutung. Hätte man das Geld für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen gleich in den Ausbau gesteckt, wäre man heute viel weiter. Jeder weiß, dass Angebot Nachfrage weckt. Daher war die Positionierung des Landrates für den öffentlichen Nahverkehr überfällig: Er "signalisiert" eine Vorfinanzierung durch den Kreis, der über genügend finanzielle Rücklagen verfügt. Doch nun spielen armselige Zauderer wieder einmal "S-Bahn gegen Regionalbahn". Soll die S-Bahn nach Velten durch die Regionalbahn ausgebremst werden? Nein, hier hat die S-Bahn klar Vorfahrt. Dennoch haben Oberhavel und die Prignitz längst keine attraktiven Regio-Verbindungen, obwohl der südliche Landkreis geradezu von Bahntrassen zerschnitten

ist. Doch was nutzen die Gleise den Steuerzahlern, wenn nur ungenügend Bahnverkehr angeboten wird? Die Benachteiligung in OHV wird aber noch größer! Mit der Schließung des Flughafens Tegel werden sich die Fahrtzeiten zum Flughafen deutlich erhöhen. Durch die mäßige Anbindung des Nordens an den BBI wird ein gewaltiger Standortnachteil entstehen.

Manches Problem könnte leicht behoben werden, und das schon zum nächsten Fahrplanwechsel:

- der RE 6 aus der Prignitz könnte über Hennigsdorf auf dem Außenring nach Gesundbrunnen fahren, dies funktionierte bereits während der Streckensperrung der S 25
- die S 8 könnte wieder von Oranienburg nach Schönefeld fahren. Das dauert zwar, dafür ist kein Umsteigen notwendig, was von Vorteil sein kann, wenn man Gepäck dabei hat. Damit einhergehen müsste ein 20 Minuten-takt, auch abends und an Wochenenden. Ich denke, die anstehende Überarbeitung des Nahverkehrsplanes im Kreis muss außerdem den neuen Regionalbahnsteig in Birkenwerder für den RE 5 mit Taktverdichtung bringen.

Dafür werde ich mich im Kreistag als Mitglied und im Nahverkehrsbeirat einsetzen!

Marian Przybilla,

Mitglied des Kreistages

Warum DIE LINKE?

DIE LINKE – Wer sonst?

Weshalb ich ihr beigetreten bin

Seit 1977 treibt mich die Politik umher. Als ich noch Schüler war, engagierte ich mich bei den Juso-Schülern und den Jungsozialisten, weil ich dort hoffte, meine Vorstellungen von Frieden, Arbeit und demokratischem Sozialismus am wirkungsvollsten einbringen zu können.

Rund 21 Jahre lang besaß ich das Parteibuch der SPD,

von 1978-1983 sowie von 1990-2006. Immer habe ich in der SPD aktiv versucht, für eine solidarische, friedliche und sozialistische Gesellschaft einzutreten. Immer wieder musste ich feststellen, dass in der SPD diese Positionen auf Grenzen stoßen oder, wie Hartz IV und Rente mit 67, als „sozialdemokratisch“ ausgegeben wurden. Deshalb bin ich im November 2009 der LINKEN beigetreten. DIE LINKE hat sich für mich als die wirklich einzige Kraft erwiesen, die sich gegen deutsche Kriegsbeteiligungen ausspricht, die „sozial“ nicht nur im Munde führt und die unter Demokratie mehr versteht, als nur zu wählen. Und gerade heute, in der größten Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren, ist es DIE LINKE, die als einzige Bundestagspartei fordert, die Banken und andere Krisenverursacher durch konsequente Kontrolle und durch Vergesellschaftung in die Haftung zu nehmen. Diese Forderung sollte sich auch die SPD zu eigen machen, es täte ihr gut.



Holger Czitrich-Stahl (49), Gesamtschullehrer. Geboren in Ostwestfalen-Lippe, wohnhaft seit 1997 in Glienicke/Nordbahn Foto: Ralf Wunderlich

Kitainitiative

Weiter Initiative zeigen und die Kitas stark machen!



Die selbstgebackenen Erzieherinnen

Beim „Frühlingserwachen“ der Kitainitiative im März war klar, dass die Proteste und fantasievollen Aktionen des letzten Jahres nicht „unerhört“ blieben. Der Entwurf für das neue Kita-Gesetz bestätigt dies. Obwohl das „Totschlagargument Haushaltslage“ die Verhandlungen gerade auch im Bildungsbereich bestimmte, wurde dank des außerparlamentarischen Drucks parteiübergreifend Handlungsbedarf für den Kita-Bereich erkannt. Jedoch haben nicht alle Forderungen - auch nicht alle der LINKEN - Eingang ins Gesetz gefunden. So wird der Betreuungsschlüssel auf 1:6 (unter 3-jährige) bzw. 1:12 (3-6-jährige) verbessert (vorher 1:7 bzw. 1:13), was immerhin 38 Millionen € kostet. Zudem sollen 1000 Erzieher/innen eingestellt werden. Aber Bundesländer wie Berlin machen vor, was die Kinder auch wert sein können: ein Schlüssel von 1:5(0-2) und 1:9 (3-6), 1800 neue Erzieher/innen und die Freistellung der Kita-Leitung von Betreuungsaufgaben. Noch immer finden in Brandenburg die Öffnungszeiten der Kitas, die ja glücklicherweise über den 6-stündigen Anspruch hinausgehen, keine Berücksichtigung bei der Berechnung des Schlüssels. Noch immer müssen die Erzieher/innen die Vor- und Nachbereitung ihrer Arbeit in ihre Freizeit verlagern. Woher

die 1000 neuen Erzieher/innen kommen sollen, wenn das Land nur 880 ausbildet, von denen viele von attraktiveren Stellen in Berlin und anderswo angezogen werden, bleibt offen. Das Gesetz sieht keinen Stufenplan vor, der festlegt, wann diese und weitere Probleme angegangen werden. In den vergangenen Wochen haben Expert/innen bei den Anhörungen zum Gesetz verdeutlicht, dass das noch nicht das Ende der Fahnenstange sein kann.

Fazit: Es bleibt noch viel zu tun!

DIE LINKE im Landtag braucht einen langen Atem, um quantitative und qualitative Ansprüche für Bildung und Erziehung der Kleinsten durchzusetzen. Sie ist dabei auch auf den Druck aller Brandenburger, insbesondere der Eltern, Großeltern und Erzieher/innen angewiesen. Die Kitainitiative hat eine Prioritätenliste aufgestellt und viele Brandenburger Kitas haben fantasievoll ihre Forderungen verdeutlicht. Es gab einen Backtag („Wir backen unsere Erzieher/innen selbst“), Transparente an den Kitas und Flyer in den Autos. Auf dass bei der Verabschiedung des Kita-Gesetzes im Juli klar sei: Es ist nur ein erster Schritt *Kati Hoffmann*



Nach der Arbeit kommt das Vergnügen.

Fotos: Kati Hoffmann

Weitere Informationen:

www.kitainitiative-brandenburg.de
www.kitanetzwerk-ohv.de

Impressum / Kontakt

V.i.S.d.P.: Gerrit Große
 Redaktion: "Rote Reporter"
 Satz: Ralf Wunderlich
 Auflage: 10.000 Stück
 Kontakt zur LINKEN in Oberhavel
 DIE LINKE. Oberhavel;
 Straßburger Straße 24;
 16515 Oranienburg;

Di, Mi und Do 09.00 bis 16.00 Uhr
 Geschäftsstelle: **03301 20 09 90**
 Gerrit Große (MdL): **03301 20 09 94**
 Email: gerrit.grosse@die-linke-ohv.de
 Torsten Krause (MdL): **0800 85 72 873**
 Email: buergerbuero@torstenkrause.eu
 Kreisgeschäftsführer: **0171 93 01 616**
 Email: info@die-linke-ohv.de

§ Dein gutes Recht §

Beschäftigte können vom Arbeitgeber für berufliche, politische oder kulturelle Weiterbildung ohne Lohneinbußen freigestellt werden. Man kann in zwei Jahren bis zu 10 Tagen Bildungsurlaub (auch Bildungsfreistellung genannt) beantragen.

Was ist zu beachten?

- Das Arbeitsverhältnis muss mindestens 6 Monate bestehen.
- Es muss sich um eine anerkannte Bildungsveranstaltung handeln. Berufliche Bildungsveranstaltungen von Volkshochschulen und anderen öffentlichen (Hoch-)Schulen gelten als anerkannt. Die Gesetze nennen ebenfalls Bildungsveranstaltungen von demokratischen Parteien oder Gewerkschaften, diese müssen jedoch vom jeweiligen Bundesland anerkannt sein.
- Die Freistellung muss so früh wie möglich, spätestens 6 Wochen vorher beantragt werden.
- Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn die Urlaubsansprüche anderer Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind oder es zwingende betriebliche Belange gibt.
- In Berlin können Auszubildende nur an Veranstaltungen zur politischen Bildung teilnehmen, Beschäftigte unter 25 Jahren haben Anspruch auf 10 Tage Freistellung pro Jahr.

Weitere Infos: Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz
 Berliner Bildungsurlaubsgesetz
www.berlin.de/bildungsurlaub

Lukas Lüdtko

Spenden Sie bitte!

Sie können die Arbeit der „Roten Reporter“ unterstützen! Sie können auf das unten angegebene Konto eine Spende einzahlen oder Sie helfen uns beim Verteilen des Kreisechos. Interessenten melden sich bitte in der Kreisgeschäftsstelle.

Bankverbindung:
 DIE LINKE. Oberhavel
 Mittelbrandenburgische Sparkasse
 Konto: **37 51 12 57 60**
 BLZ: **160 500 00**
 Stichwort: **Kreisecho**